

die imstande sind, Betriebe zu leiten, wäre es notwendig, Sonderlehrgänge für erfahrene, qualifizierte Aktivisten und Meister durchzuführen. Die Zahl der Ingenieurschulen sollen von 25 auf 38 erhöht werden. Durch Einrichtung zusätzlicher Kurse könnte zusätzliche Ausbildung von 1000 Ingenieur-Assistenten erreicht werden.

Zur Verbesserung der Arbeit des Innen- und Außenhandels ist es notwendig, außer den Sonderlehrgängen in der Verwaltungsakademie noch zusätzliche Kurse durchzuführen.

Um die Entwicklung von Fachkräften in der Landwirtschaft zu beschleunigen, ist es notwendig, Fachschulen bei volkseigenen Gütern und Maschinen-Ausleihstationen zu errichten.

Diese ungeheure Aufgabe der Ausbildung von Fachkräften kann nur gelingen, wenn der Bürokratismus auf dem Gebiete der Berufsausbildung überwunden wird. Es ist notwendig, systematisch die Aktivisten fachlich zu schulen und aus dem Kreis dieser Kursus Teilnehmer die Hörer für die höheren Fachschulen, für die Ingenieurschulen auszuwählen.

Es ist notwendig, daß allen Körperschaften, die sich mit Fragen der Berufsausbildung beschäftigen, Vertreter der Freien Deutschen Jugend angehören, um zu erreichen, daß mit ihrer Hilfe eine möglichst große Zahl von Mitgliedern der FDJ, die Lust und Liebe zum Fachstudium haben, zu späteren hochqualifizierten Fachleuten ausgebildet werden. Die staatlichen Verwaltungen wie die Direktoren der Fachschulen müssen sich bewußt werden, daß die *Jugendlichen von heute die Ingenieure, Chemiker, Dozenten an Hochschulen, Betriebsdirektoren und Leiter der volkseigenen Güter von morgen sein werden.* (Beifall.) Deshalb ist es notwendig, der Jugend alle Möglichkeiten zu geben, am Aufbau teilzunehmen, Aktivisten zu werden, zu lernen, zu studieren.

Nun hat man behauptet, daß die Zulassungsbedingungen zu den Universitäten und Hochschulen eine einseitige Bevorzugung der werktätigen Bevölkerung bedeuten. Im Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich ein Vertreter der Liberal-Demokratischen Partei auf die Rektoratsverfassung vom Jahre 1368 berufen. (Heiterkeit.) Ich kann leider nicht darauf antworten, da ich diese Verfassung nicht bekommen konnte. Der betreffende Abgeordnete behauptet, diese Universitätsverfassung von 1368 sei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands „objektives Recht“. Ich muß diesen Vertreter des Liberalismus